

Sowjetunion mit Marktwirtschaft?

Aus russischen Fachzeitschriften und Zeitungen, 2. Halbjahr 2003

Falk Bomsdorf*

In den russischen Fachzeitschriften und Zeitungen mit analytischer Ausrichtung steht nach wie vor die Frage nach der politischen Verortung Rußlands in der internationalen Arena im Vordergrund. Ist die Integration des Landes in die europäischen und transatlantischen Strukturen wirklich der richtige Weg? Oder soll Rußland, bei aller Bereitschaft zur Kooperation, sich auf den postsowjetischen Raum beschränken und dort selbst integrierend wirken? Darüber hinaus trifft man auf bemerkenswerte Aufsätze über zwei Kriege, die Rußland nachhaltig beschäftigen; den Tschetschenienkrieg, den Rußland selber führt, ohne ihn allerdings als solchen zu bezeichnen, und den Irakkrieg der Amerikaner und Briten, der seinen Eindruck auf die militärischen Eliten nicht verfehlt hat und geeignet ist, sich auf die russische Militärreform auszuwirken. Unverkennbar ist im übrigen, daß sich die seit Ende 2002 erscheinende Zeitschrift »Rossija v global'noj politike« (Rußland in der Weltpolitik) in der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits in einer Weise profiliert hat, die sie bald zum führenden außen- und sicherheitspolitischen Forum werden lassen dürfte.

Ein liberales Imperium

Anatolij Tschubajs, unter Präsident Jelzin Inhaber höchster Staatsämter und Spiritus rector der Privatisierung großer Teile der russischen Industrie, gegenwärtig Chef des russischen Energiemonopolisten RAO EES und Co-Vorsitzender der wirtschaftsliberalen »Union der rechten Kräfte« (SPS), veröffentlichte in der *Nezavisimaja gazeta* vom 1. Oktober 2003 unter der Überschrift »Die Mission Rußlands im 21. Jahrhundert« einen Artikel, der Aufsehen erregt hat und dessen Aussagen in Rußland anhaltend diskutiert werden. Die Hauptthese des Autors: Rußland sei aufgrund seiner Natur, seiner

Ressourcen und seiner Wirtschaftskraft dazu bestimmt, Imperium zu sein. Seine Mission im 21. Jahrhundert bestehe im Aufbau eines neuen, eines, wie er es nennt, liberalen Imperiums. Das letzte Imperium habe Rußland, so Tschubajs, im 20. Jahrhundert geschaffen, das sich, so der Autor, in seiner Gesamtheit »um Rußland gedreht hat«: Rußland sei nach dem Zweiten Weltkrieg zur »höchsten moralischen Autorität«, zum anerkannten Führer fast der Hälfte der Welt geworden. Das Land habe damit erreicht, was keines der anderen Imperien je geschafft habe, weder das Römische Reich noch Dschingis Khan, weder Byzanz noch Napoleon, weder das britische Weltreich

* Der Autor, ehemaliger Mitarbeiter der SWP, ist Leiter des Moskauer Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung

noch Hitler. Und zwar deshalb, weil seine Reichsidee nicht, wie bei jenen Imperien, in Nationalismus oder Religion gegründet habe, sondern im Internationalismus. Gewiß, diese Idee sei, so Tschubajs, falsch gewesen und das entsprechende System sei zusammengebrochen; doch das Gewicht der russischen Führungsrolle sei, historisch gesehen, beispiellos und stelle für Rußland eine der wichtigsten Lehren seiner Geschichte dar.

Nunmehr bestimmten, so Tschubajs, die Tatsachen Rußland erneut dazu, ein Imperium aufzubauen, und zwar auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, wobei der Autor die baltischen Staaten, so scheint es jedenfalls, stillschweigend ausschließt. Rußland habe im postsowjetischen Raum die höchsten wirtschaftlichen Zuwachsraten, den höchsten Lebensstandard, das höchste Bruttosozialprodukt; dem entspreche die Zielrichtung der Migration innerhalb dieses Raumes: Rußland. Die Mission Rußlands sei es nun, diese Führungsrolle auszubauen und zu verstärken – bis das »liberale Imperium« geschaffen, also der Weg besritten und zu Ende gegangen sei, der Rußland »natürlich und organisch« zukomme. Der Begriff »Imperium« klinge zwar, wie Tschubajs einräumt, vor dem Hintergrund der Geschichte für viele in Rußland wie ein Schimpfwort. Doch sei dies eine Sache des 20. Jahrhunderts, also der Vergangenheit. Im 21. Jahrhundert könne und müsse das Wort in einer Reihe stehen mit Begriffen wie »Zivilisation«, »Demokratie«, »Markt« und »Freiheit«. Tschubajs verschränkt auf diese Weise zwei einander an sich entgegengesetzte Begriffe – »liberal« und »imperial« – und sucht so erkennbar allen die Angst zu nehmen, die, in Rußland selbst oder als neue Nachbarn des Landes, ihre spezifischen Erfahrungen mit dem russischen Imperialismus gemacht haben. Sie beruhigt er: Das liberale Imperium dürfe im Verhältnis zu seiner staatlichen Umwelt die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts nicht verletzen, wie überhaupt Rußland nicht vom Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und der

territorialen Ganzheit seiner Nachbarn abrücken werde. Was der Autor damit in Wirklichkeit meint, dürfte allerdings die Nachbarstaaten Rußlands eher beunruhigen. So fügt Tschubajs seiner Zusicherung, ein liberal-imperiales Rußland werde die Unverletzlichkeit der Grenzen und den territorialen Bestand der Nachbarstaaten achten, in einer Nebenbemerkung hinzu, dies habe man schon im Jahr 1991 bei den entsprechenden Verhandlungen zugesagt, im Wissen darum, daß »Rußland früher oder später unausweichlich zum natürlichen Zentrum von Anziehung und wirtschaftlicher Macht im postsowjetischen Raum werde«.

Auch die Aufgaben und Ziele des liberalen Imperiums haben bei Tschubajs jeweils die in seinem Konzept angelegte zweifache Komponente. Ein liberal-imperiales Rußland soll auf der einen Seite »die grundlegenden demokratischen Einrichtungen, Rechte und Freiheiten der Bürger in den Nachbarstaaten« unterstützen und schützen. Auf der anderen Seite soll es sich den Schutz der russischen und russischsprachigen Bevölkerung in den Nachbarstaaten angelegen sein lassen, soll die Expansion russischer Firmen dort fördern, und zwar sowohl im Handel wie auch »beim Erwerb und der Entwicklung von Aktiva«.

Die Mission Rußlands im 21. Jahrhundert, also die Schaffung eines »liberalen russischen Imperiums«, ist für Tschubajs geeignet, die wesentlichen inneren wie äußeren Probleme des Landes zu lösen. Die gestellte Aufgabe helfe »unserem Volk«, endgültig die geistige Krise zu überwinden; sie eine und mobilisiere die Menschen. Darüber hinaus ermögliche sie ein Umdenken in den fundamentalen Fragen der russischen Außenpolitik, und zwar nicht nur mit Blick auf das »nahe Ausland«, also auf den postsowjetischen Raum, sondern auch auf das »ferne Ausland«, vor allem auf den Westen. Eine Erfüllung seiner Mission bringe Rußland eine Lösung der schmerzlichen Frage, ob Rußland Teil der europäischen politischen und militärischen

Strukturen werden könne. Tschubajs wörtlich: »Wir brauchen weder in die Europäische Union noch in die Nato einzutreten. Wir können uns dort weder in wirtschaftlicher noch politischer oder geographischer Hinsicht einrichten. Statt dessen müssen wir erkennen, daß sich ein strategischer Ring der großen Demokratien der nördlichen Halbkugel herausbildet: USA, das vereinigte Europa, Japan und das künftige rußländische liberale Imperium. Uns kommt ein organischer und natürlicher Platz sowie eine einzigartige Rolle zu – den Ring zu schließen und uns ein ganzes System wirtschaftlicher, militärischer und politischer Vereinbarungen zu sichern, die uns in die Lage versetzen, unsere Interessen innerhalb dieses Ringes wie in der Welt überhaupt zu verteidigen. Dann wird Rußland auf gleicher Ebene mit den uns würdigen Partnern stehen, um gemeinsam Ordnung und Freiheit in der Welt zu schützen.« Tschubajs beschließt seinen Artikel mit dem Satz: »In dieser Mission liegt die große Zukunft unserer großen Heimat.«

Der Artikel ist bezeichnend für den Weg, den nicht wenige Protagonisten der demokratischen Wende von Anfang der neunziger Jahre genommen haben. Unverkennbar ist, daß der Autor spätestens 1999, als er Tschetschenien als Platz für die Wiedergeburt der russischen Armee bezeichnete, auch nationalpatriotischen Gedanken in seiner politischen Philosophie Raum gegeben hat. Und dies – dafür spricht manches – aus innerer Überzeugung, mögen auch Gründe politischer Taktik hinzukommen, nämlich die Absicht, sich und seine Partei, die »Union der rechten Kräfte« (SPS), auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu profilieren und diese nicht den Extremisten zu überlassen. Mit seinem Artikel hat Tschubajs jedenfalls auch auf politische Wirkung abgezielt, nämlich auf ein gutes Ergebnis der SPS bei den Wahlen zur Duma im Dezember 2003. Dieses Ziel hat der Artikel indessen nicht nur verfehlt, sondern eher das Gegenteil bewirkt, nämlich zum schlechten Abschneiden der Partei – sie hat die Fünf-Prozent-Hürde nicht überwinden

können – beigetragen. Darauf berechnet, den Nationalisten den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat der Aufsatz diesen eher Munition für Angriffe auf den Autor und seine Partei geliefert und diese Hohn und Spott von allen Seiten ausgesetzt. Auch in Rußland hat sich damit gezeigt, daß Liberale wenig glaubwürdig wirken, wenn sie sich nationalpatriotisch geben. Der Wähler entscheidet sich stets lieber für das Original als für die Kopie.

Indessen zeigt der Artikel ein weiteres: Auch manche politischen Kräfte, die bisher aufgeklärt-demokratisch erschienen und die sich, wie der Autor, als Wirtschaftsliberale verstehen, schließen sich der nationalen Welle an, wie sie gegenwärtig Rußland und seine Gesellschaft heimsucht. Tschubajs' Ausführungen spiegeln damit auch einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung und der Haltung der russischen politischen Klasse wider, wie er sich seit 2001 angedeutet und in den folgenden beiden Jahren durchgesetzt hat: Rußland ist wieder Großmacht, seine lange gesuchte nationale Idee ist der russische Nationalismus; die Wiedereingliederung (»Integration«) zumindest eines großen Teils der ehemaligen Sowjetrepubliken in einen neuen, großen, russisch dominierten Raum – von Staat ist vorerst nicht die Rede – gehört zur »hidden agenda« großer Teile der außenpolitischen wie wirtschaftlichen Eliten des Landes. Manche denken noch weiter: Für sie rückt auch Ostmitteleuropa wieder in den Horizont russischer Einflußnahme.

Tschubajs Artikel ist Anzeichen dafür, daß diese Agenda nicht mehr nur im Verborgenen konzipiert und diskutiert wird, sondern inzwischen auch an die Oberfläche kommt. Russisches imperiales Denken ist wieder möglich. Besorgnissen oder Widerständen trägt man Rechnung, indem man, wie Tschubajs, diesem Denken und diesen Forderungen das Adjektiv »liberal« umhängt, von »Integration« spricht und damit alles zu bemänteln sucht. Doch ist dies nur ein schwacher Versuch. Er kann nicht verbergen, daß Rußland – so die Kernaussage von Tschubajs' Artikel – wieder herrschen

kann und herrschen soll. Geändert haben sich allerdings die Herrschaftsinstrumente: nicht mehr militärische, sondern vor allem wirtschaftliche Macht ist künftig das Mittel, mit dem das Imperium erreicht und zusammengehalten werden soll. Und Ziel ist nicht mehr, wie im 20. Jahrhundert, die Verwirklichung einer Idee oder einer Lehre, sondern die Maximierung und Konservierung der Macht als solcher.

Es reicht jedoch nicht aus, Tschubajs Artikel lediglich unter dem Blickpunkt seiner Aussagen zum »liberalen Imperium« zu beurteilen. Seine Ausführungen enthalten einen harten Kern, der schlicht die Tatsachen widerspiegelt: Rußland ist, wirtschaftlich gesehen, trotz aller fehlenden strukturellen Änderungen die einzige – relative – Erfolgsgeschichte im postsowjetischen Raum, verstanden als Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Allenfalls Kazachstan kann in mancher Hinsicht mithalten. Alle anderen GUS-Staaten haben ihre Hausaufgaben nicht oder nicht ausreichend gemacht, sind in mehr oder minder großem Ausmaß von Rußland und insbesondere seinen Energielieferungen abhängig. Und auch Tschubajs' These, daß Rußland nicht einen Beitritt zur EU und zur Nato anstreben sollte, kann sich auf gewisse Fakten stützen und hebt sich im übrigen in seiner Nüchternheit von der Auffassung jener im Westen wie in Rußland selbst ab, die nur in einer Mitgliedschaft in beiden Organisationen Rußlands Zukunft sehen.

Ein halb-autoritäres Rußland

Vjačeslav Nikonov, Direktor der Stiftung »Politika«, befaßt sich in seinem in der dritten Nummer von *Rossija v global'noj politike* erschienenen Beitrag (»Die Versuchung des Sonderweges«) nicht wie Tschubajs mit politischer Philosophie, sondern beschränkt sich darauf, ein Szenario für die Entwicklung Rußlands zu skizzieren, das er für das wahrscheinlichste hält. Dabei baut er auf seiner Analyse des

gegenwärtigen Standes der russischen Gesellschaft auf: In ihr sei ein Anschwellen des historischen Optimismus zu verzeichnen; das Land sei im Begriff, seine neue Identität zu finden. Diese stehe in der Kontinuität der wechselhaften russischen Geschichte, und zwar, wie die Symbolik des neuen Rußland deutlich mache, in all ihren Phasen: Die Trikolore Peters des Großen (aus Holland entlehnt) wehe zum Klang der Nationalhymne aus dem Zweiten Weltkrieg, wozu passe, daß Lenin und Stalin historisiert würden. Rußland wandle sich zum Nationalstaat – 85 Prozent der Bevölkerung seien ethnische Russen. Der russische Nationalismus werde zur neuen nationalen Idee; die mit ihm einhergehende Vorstellung von »Rußlands Größe« sei das alle einigende Band. Dazu trage insbesondere die junge Generation bei, die sehr viel nationalistischer eingestellt sei als die ältere, von der Tradition des Internationalismus geprägte Generation.

Eine Demokratie westlichen Stils werde es in den nächsten zehn Jahren also nicht geben. Mehr als das: Das gegenwärtige »nicht-liberale System« habe, so Nikonov, gute Chancen auf dauerhaften Bestand. Der Autor gibt ihm alle Charakteristika von Semi-Autoritarismus: Rußland werde zwar demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen haben, doch die Gewaltenteilung werde eher dekorativen Charakter tragen; das »nichtformale« Recht werde weiterhin über dem formalen Recht stehen; der Anteil des »Beamten-Unternehmertums« und der Grad an staatlicher Regulierung der Wirtschaft würden hoch bleiben.

Auch wenn Nikonov gute Aussichten für die russische Wirtschaft und insbesondere eine Stärkung der russischen Stellung auf dem internationalen Energiemarkt sieht, ist er sich doch der Tatsache bewußt, daß das Land dringend Investitionen braucht. Er zitiert eine Einschätzung der Regierung, wonach Rußland in den nächsten zwei Dekaden zwei Billionen US-Dollar an Investitionen benötige. Diese müßten vor allem aus dem Westen kommen; notwendige Voraussetzungen für ihren Zufluß

seien neben der Verbesserung des Investitionsklimas und der Schaffung eines »grundlegend neuen administrativen Umfeldes« vor allem günstige außenpolitische Bedingungen. Um die politischen Dividenden zu maximieren, müsse man, so der Autor, die politischen Spannungen mit dem Rest der Welt minimieren. Ob dies gelingt? Nikonov weist auf Hindernisse hin: Die russische Tradition wie die russische politische Klasse und ihre strategische Kultur zeichneten sich durch ein starkes Beharrungsvermögen aus; dies führe ständig zur Suche nach dem »eigenen Weg«. Die Kräfte, die eine pro-westliche Politik ablehnten, dürften, so Nikonov, nicht unterschätzt werden. Zu ihnen gehörten der größere Teil der Bürokratie mit ihrem Apparat, ein Teil der Machtstrukturen, die nicht ohne einen »Super-Feind« existieren könnten, wie auch die orthodoxe Kirche und alle linken politischen Kräfte.

Nikonov fürchtet, daß sich die gegenwärtige russisch-amerikanische Partnerschaft in absehbarer Zeit nicht zu einer engen und bindenden Allianz entwickeln wird – zu groß seien die Hindernisse und die Ungleichgewichte im Verhältnis beider Staaten. Als Haupthindernis nennt Nikonov, was sich seit langem abzeichnet und zum ersten Mal von Außenminister Powell bei seinem Besuch in Moskau im Januar 2004 offen angesprochen worden ist: Rußlands Wirtschaftssystem und seine politischen Institutionen stimmen noch immer nicht mit dem überein, was in den USA als wahre Marktwirtschaft und Demokratie angesehen wird. Und auch das Verhältnis Rußlands zur EU sei, obzwar eng, keinesfalls so positiv: Auf der einen Seite könne das Land, so Nikonov, wegen seiner schieren Größe und des Umfangs seiner wirtschaftlichen Probleme nicht mit einer Aufnahme in die EU rechnen; auf der anderen Seite wüchsen in Moskau die Bedenken gegen eine Mitgliedschaft, weil man die Abhängigkeit von der Brüsseler Bürokratie und ihrem Regelwerk fürchte; beide Faktoren würden – ein interessanter Hinweis

des Autors – von der russischen Geschäftswelt als übermäßig »sozialistisch« und nicht als marktwirtschaftlich empfunden. Moskau könne generell versucht sein, sich umzuorientieren und Partnerschaften mit individuellen EU-Mitgliedstaaten einzugehen, statt direkt mit Brüssel zu verhandeln. Auch das russische Interesse an der Nato sinke. Die Wahrscheinlichkeit eines russischen Beitritts sei umgekehrt proportional zur militärischen Bedeutung der Allianz. Überdies schwinde das russische Interesse an einer Mitgliedschaft in der Nato, je stärker das Land werde und seine Abneigung wachse, sich in militärisch-politischer Hinsicht die Hände binden zu lassen.

Nikonovs Vorhersage: Rußland wird sich weiterhin in das globale System integrieren, dabei aber immer versucht sein, seinen eigenen Weg zu gehen. Diese Versuchung wird durch jene Teile der politischen Elite verstärkt werden, die sich gegen das wenden, was sie als Ignorierung russischer Interessen durch die wesentlichen globalen Akteure empfinden, sowie durch die mächtigen russischen Clans, die gegen die Offenheit Rußlands und seiner Wirtschaft sind und daher die Karte der »Einzigartigkeit« Rußlands spielen. Doch, so Nikonovs Schlußsatz, eine solche Versuchung sei keinesfalls unwiderstehlich: Unter den Bedingungen der Globalisierung sei eine Selbstisolierung nur möglich um den Preis des Zurückbleibens und des Herausfallens aus dem globalen System – und damit aus der Geschichte.

Was ist russische Außenpolitik?

Michail Margelov, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, widmet sich in seinem ebenfalls in *Rossija v global'noj politike* erschienenen Artikel (»Sieg nach Punkten«) der Frage, was denn das vielberufene Pragmatische an der russischen Außenpolitik sei und wie überhaupt diese Politik aussehe. Eine pragmatische Politik verteidige, so Margelov, lebenswichtige Prinzipien, nicht Dogmen. Sie zeichne

aus, daß die politische Führung ihre strategischen Ziele offen darlege, während die Methoden zu ihrer Erreichung flexibel seien und auf einer nüchternen Analyse der Fähigkeiten eines Landes beruhten, nicht aber auf Klischees. Pragmatismus bedeute die sorgfältige Abwägung der Interessen und die Trennung des prinzipiell Wesentlichen, nicht Verhandelbaren, vom Zweit-rangigen, das man preisgeben kann.

Strategisches Ziel Rußlands ist laut Margelov die Rückkehr in den Kreis der wohlhabenden, entwickelten, mächtigen und mit Autorität ausgestatteten Staaten. Die russische »pragmatische« Außenpolitik müsse dafür die entsprechenden Bedingungen schaffen. Dabei müsse man begreifen, daß diese Aufgabe mit dem Mittel der Diplomatie allein nicht zu bewältigen sei. Notwendig seien wirtschaftlicher Erfolg, eine Konsolidierung der Gesellschaft und innere Reformen. Wirtschaftliche Macht werde Rußland nur erreichen, wenn es in allen Industriezweigen wie auch bei den Innovationen konkurrenzfähig werde. Und nicht nur dort: Die allgemeine Fähigkeit zum Wettbewerb hänge auch vom Zustand des russischen Staates und der russischen Gesellschaft ab. Deren Konkurrenzfähigkeit hinke gegenwärtig beträchtlich hinter derjenigen der russischen Industrie hinterher.

Globale und regionale Stabilität seien Grundvoraussetzungen für eine normale Entwicklung des Landes, das viele innere Probleme zu lösen und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus zu führen habe. Für Rußland komme – eine bemerkenswerte Formulierung des Autors – jede internationale Krise »gegenwärtig ungelegen«, das Land verfüge über wesentlich weniger Einflußmöglichkeiten als seine Partner. An anderer Stelle fügt Margelov hinzu: Rußland habe im Augenblick nicht viele Optionen in der internationalen Arena; folglich müsse es Flexibilität, Geschick und diplomatische Fertigkeiten zeigen; müsse schnell reagieren und jedes sich bietende »window of opportunity« nutzen, müsse seinen Vorteil wahrnehmen, wo immer das möglich sei, und dabei auch

kleine Erfolge mitnehmen. Wer, so der Autor wörtlich, seinen Gegner nicht durch K.o. besiegen könne, müsse beharrlich manövrieren und Punkte sammeln. So ist offenbar auch die Überschrift des Artikels zu verstehen, die sich in einer außen- und sicherheitspolitischen Fragen gewidmeten Zeitschrift zunächst merkwürdig ausnimmt: »Sieg nach Punkten« – das ist Margelovs Programm für Rußland.

Es sind die kleinen, versteckten Sätze, die verraten, was die Autoren letztlich meinen. So auch bei Margelov. Seine Ausführungen bedeuten genau genommen nichts anderes, als daß Rußland die mit ihm konkurrierenden Staaten gegenwärtig nicht durch seine – zur Zeit dazu nicht ausreichende – Macht von unerwünschtem Vorgehen abhalten kann. Also werden diese Staaten zur Beachtung des Völkerrechts und zur Bewahrung der Stabilität aufgefordert, während, wie man anmerken muß, Rußland dort, wo seine Macht ausreicht, vor allem im postsowjetischen Raum, ungerührt diese Regeln verletzen kann, etwa durch die Verweigerung des Truppenabzuges aus Transnistrien und Georgien. Internationale Krisen sind so lange unwillkommen, als die eigenen Kräfte zu schwach sind, um in ihnen, ganz in bolschewistischer Tradition, Vorteile zu erzielen.

Die russische Außenpolitik zielt in dieser Perspektive auf Gewinnung einer strategischen Atempause ab, bis das Land wieder Kräfte gesammelt hat, um ungeniert und ungehindert erneut Machtpolitik zu treiben. Eine solche Politik der *peredyska*, des Kräftesammelns, hat nichts gemein mit einer aufgeklärten Interessenpolitik, zu der das neue Rußland einmal angesetzt hat. Die Außenpolitik, wie sie Margelov in Übereinstimmung mit vielen anderen Angehörigen der politischen Klasse jedenfalls ansatzweise skizziert, verdient auch kaum das Adjektiv »pragmatisch«; die richtige Bezeichnung wäre wohl eher »opportunistisch«, und zwar – damit träfe sich Margelov mit Tschubajns – vielleicht als Vorstufe zu »imperial«.

Rußland und die europäische Integration

Je näher die Aufnahme der neuen Mitglieder aus Ostmitteleuropa in die EU rückt, desto intensiver wird die Diskussion um das künftige Verhältnis Rußlands zur Union. Dabei können zwei grundsätzliche Positionen unterschieden werden: auf der einen Seite diejenigen, die eine russische Mitgliedschaft in der EU nicht für möglich und auch nicht für wünschenswert halten, auf der anderen Seite die Befürworter einer größtmöglichen Annäherung Rußlands an die EU bis hin zur Mitgliedschaft. Eine Auseinandersetzung (*polemika*) zwischen Vertretern beider Denkrichtungen ist im vierten Heft von *Rossija v global'noj politike* abgedruckt.

Timofej Bordačev, Vizepräsident des Instituts für Außen- und Verteidigungspolitik, zweifelt unter der Überschrift »Eine objektive Wahrnehmung Europas« an, daß Rußland sich für Europa entschieden habe. Gute Absichten und hehre Worte seien eine Sache, die harten Fakten eine andere. Die Realität bestehe darin, daß Rußland und Europa gegenwärtig keine auf lange Frist angelegte politische Agenda besäßen. Im Gegensatz zu Belarus' und der Ukraine habe Rußland auch nicht die theoretische Perspektive, der EU beizutreten. Nicht einmal den Status eines »ewigen Kandidaten« könne man ihm zubilligen. Das Maximum dessen, was die EU den »neuen Nachbarn« vorschlagen könne, sei ein gemeinsamer Wirtschaftsraum für Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Rußland könne auch gar nicht, so Bordačev in seltener Offenheit, all jene Verpflichtungen unterschreiben, die es mit Blick auf die Menschenrechte und Demokratie zu akzeptieren hätte. Der Grund liege in dem »bewaffneten Kampf auf seinem Territorium«, von dessen Ausgang nicht nur die Integrität des Staates, sondern auch der Erfolg des globalen Krieges gegen den Terror abhängen. Ähnliches gelte für die ökologischen Standards, die der Logik nicht entsprächen, aber in der EU

ihren anerkannten Platz hätten. Wieso solle Rußland, ruft Bordačev aus, alle die Normen und Regeln erfüllen, die man, wie etwa die »Kopenhagener Kriterien«, den Beitrittskandidaten vorschreibe, wenn es doch kein Kandidat sei und dies in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren auch nicht sein werde!

Das Fazit des Autors: Die Europäisierung in ihrer gegenwärtigen Form mache für Rußland wenig Sinn. Das gelte im übrigen auch für die USA, die ja ebenfalls einen großen Teil der entsprechenden Kriterien nicht erfüllten. Das halte sie allerdings nicht davon ab, ein westliches, demokratisches und marktwirtschaftliches Land zu sein und umfassend Handel mit der EU zu treiben. Die unmittelbare Nachbarschaft Rußlands zur EU werde den Übergang zu einer Reihe bilateraler Kontakte und einer integrativeren Qualität der Beziehungen fördern. Das erfordere allerdings eine klare und eindeutige Definition der wesentlichen Fragen und die Suche nach ihnen angemessenen Antworten. Wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt werde, seien die vielen schönen Worte von der »europäischen Identität« Rußlands nichts anderes als ein Rauchvorhang, hinter dem sich allmählich die Umwandlung des Landes in das Energieanhängsel einer mächtigen und sich dynamisch entwickelnden Europäischen Union vollziehe.

Nadežda Arbatova, Mitarbeiterin des IMEMO und Direktorin des Komitees »Rußland im vereinigten Europa«, einer vor allem vom Dumaabgeordneten Vladimir Ryžkov inspirierten Nichtregierungsorganisation, kritisiert die Thesen Bordačevs. Sie wirft Bordačev ein völlig falsches Rußlandbild vor. Er sitze dem ebenso alten wie schädlichen Mythos von der Einzigartigkeit des Landes auf, die es ihm angeblich nicht gestatte, sich zu integrieren. Dieses Rußland sei nicht bereit, den Vorrang des Individuums vor den Interessen des Staates zu akzeptieren, und behalte sich das Recht vor, Regeln der Demokratie und des Schutzes der Menschenrechte nicht zu beachten. Im übrigen rede Bordačev von Integration,

meine aber letztlich Protektionismus. Ein solches Rußland erinnere an eine »Sowjetunion mit Marktwirtschaft«. Wer ein solches Rußlandbild vertrete und empfiehlt, zur Förderung russischer Interessen bei den neuen EU-Mitgliedern aus Ostmitteleuropa anzusetzen, bestätige nur deren schlimmste Befürchtungen.

Arbatovas Gegenthese: Rußland muß sich in Europa integrieren. Unterpfand dafür ist die Demokratisierung des Landes. Rußland muß Partner werden. Das aber heißt, sich nach bestimmten Regeln zu verhalten und, indem man sie bei sich beachtet, auch auf andere einzuwirken. Wer sich dagegen auf die »Besonderheit« Rußlands beruft, zeige nur, daß er die Frage nach der Verortung Rußlands in Europa immer noch nicht beantwortet hat. Auch nach Arbatovas Meinung steht die Mitgliedschaft Rußlands in der EU gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung, erfüllt Rußland nicht die Kopenhagener Kriterien. Das Land befindet sich auf der niedrigsten Ebene der Beziehungen zur EU, jener der Zusammenarbeit. Wie jedoch der EU-Rußland-Gipfel 2003 in Petersburg gezeigt habe, werde man bald die nächste Ebene erreichen, die Integration Rußlands in den »europäischen Raum«.

Im übrigen wendet sich die Autorin gegen die Neigung großer Teile der russischen politischen Klasse, besondere Beziehungen zu den USA der Vertiefung der Zusammenarbeit mit der EU vorzuziehen. Für Rußland wie auch für Europa sei das Verhältnis zu den USA ein Wert an sich und stelle keine Alternative zur europäischen Integration dar. Den Status als Großmacht erreiche Rußland nicht durch einen erneuten Bilateralismus mit den USA, sondern allein durch eine konsequente Integration in die Europäische Union, die sich in wirtschaftlicher und künftig auch in sicherheitspolitischer Hinsicht als globales Machtzentrum darstelle und als solches ohne Gegnerschaft zu den USA doch sehr viel unabhängiger sei und einen eigenen rationalen Weltentwurf besitze.

Tschetschenienkrieg und Kreml

Ein Thema wird in den meisten Periodika kaum behandelt: Tschetschenien. Sich mit ihm zu befassen gilt als politisch höchst unkorrekt. So ist denn auch der, soweit erkennbar, einzige Aufsatz, der sich gleichwohl diesem Gegenstand widmet, in der Reihe *Brifing* des Moskauer Carnegie-Zentrums erschienen, eines Horts der politischen Aufgeklärtheit. Unter der Überschrift »Tschetschenien für den inneren und für den äußeren Gebrauch« skizziert **Aleksej Malašenko**, Mitarbeiter des Zentrums, die tschetschenische Problematik. Die Lage vor Ort: Es gebe Strom und Gas, schlecht sei es um Wasser bestellt. Das Problem der Flüchtlinge sei nicht gelöst. Vor den tschetschenischen Präsidentenwahlen im Oktober habe man Kompensationen für die Zerstörung von Wohnraum und Vermögen gezahlt; doch hätten die Empfänger die entsprechenden Mittel mit denen teilen müssen, die sie ausgezahlt hätten. Dem Vernehmen nach kämen von den Tschetschenien für den Wiederaufbau zugeteilten 148 Millionen Dollar nur 20 Prozent im Lande an. Der im Oktober gewählte Präsident Kadyrov und seine Prätorianergarde würden gefürchtet, aber auch er selber habe allen Anlaß zu Furcht. Die Wahlen hätten jedenfalls an der schlechten Lage in Tschetschenien nichts grundlegend geändert.

1999/2000, so Malašenko, hätten der russische Präsident und seine Mitstreiter eine gewaltsame Lösung des Tschetschenienkonfliktes zu einem ihrer wesentlichen Instrumente gemacht, um die Wahlen zu gewinnen. Heute sei Tschetschenien an den Rand der innenpolitischen Auseinandersetzung gerückt. Das Establishment rede von Zeit zu Zeit über die tschetschenische Frage, doch getan werde nichts. Die russische Gesellschaft glaube nicht an die Möglichkeit einer Lösung des Konflikts; man habe sich an ihn gewöhnt, interessiere sich kaum mehr für ihn. Und auch die verschiedenen Terrorakte in Moskau seien nur Steine, die in das sumpfige Wasser der all-

gemeinen Apathie fielen und allenfalls ein paar Wochen Kreise zögen, aber das Bewußtsein der Gesellschaft kaum beeinflußten.

Gleichwohl sei die tschetschenische Krise schmerzhaft für den Kreml, wenn es sich auch weniger um Herz- als um Zahnschmerzen handele. Mit der Wahl Kadyrovs habe Präsident Putin der Bevölkerung vor Augen geführt, daß es nun einen »rechtmäßig gewählten« Präsidenten in Tschetschenien gebe und die einst fürchterlichen Kämpfer schon zu nichts mehr fähig seien. Und die russische Opposition, wenn man dieses Wort für Politiker überhaupt verwenden könne, die ab und an einmal den Kreml kritisierten, habe die tschetschenische Karte nicht gespielt. Niemand wolle Tschetschenien nutzen, um Druck auf den Präsidenten auszuüben. Die Situation sei somit Ausdruck der gewohnten und sich noch verstärkenden Tendenz der Regierung Putin zum Autoritarismus. Malašenko wundert das nicht: Eine solche Tendenz sei vollkommen natürlich für eine Gesellschaft wie die russische, die einen »konterrevolutionären Rückfall« erlebe.

Die internationale Bewertung der tschetschenischen Präsidentenwahlen sei für die »Macht« zufriedenstellend. Der Autor bedauert, daß die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) – im Unterschied zu den islamischen Organisationen – mit der Begründung auf die Entsendung von Wahlbeobachtern verzichtet hat, die Anwesenheit von OSZE-Vertretern könne die zu erwartenden undemokratischen Wahlen legitimieren. Die OSZE hätte besser ihre Prinzipien aufgeben und dafür den tschetschenischen Wählern beistehen sollen. In Europa verziehe man das Gesicht ob der Methoden russischer Antiterroroperationen, doch um der Loyalität Rußlands gegenüber Europa willen unternehme man nichts. Malašenko meint, daß Europa den Tschetschenienkonflikt offenbar nicht losgelöst vom Kontext der eigenen Besorgtheit über den Islam betrachten könne.

Und was die USA betreffe, so habe Putin Bush deutlich zu verstehen gegeben, daß amerikanisches Verständnis für die tschetschenischen Schwierigkeiten Rußlands Bedingung für russische Anteilnahme an amerikanischer Bedrängnis im Irak sei. Die Regierung Bush habe sich dem, wenn auch widerstrebend, gebeugt. Dies um so mehr, als sie im Irak, in Afghanistan, im Nahen Osten, generell in der islamischen Welt mit eigenen Kräften nicht auskomme. Im übrigen dürfe man, so Malašenko, die russisch-amerikanische Partnerschaft im Kampf gegen den (»islamischen«) Terrorismus nicht vergessen. Die Zusammenarbeit mit den USA in diesem Kampf sei für Moskau zu einer Ware geworden, die sich gut verkaufe, und zwar zu steigenden Preisen. Das Fazit des Autors: Im Innern wie nach außen war Präsident Putin mit seiner Behandlung des Tschetschenienproblems und insbesondere mit der Instrumentierung der Präsidentenwahlen dort und dem internationalen Einsatz des neugewählten Präsidenten Kadyrov politisch erfolgreich. Und eine Vorhersage: Sollten die Demokraten in den USA wieder an die Macht kommen, könnte die tschetschenische Frage die ohnehin schon nicht einfachen russisch-amerikanischen Beziehungen noch um einiges erschweren.

Die Lehren des Irakkrieges

Aleksandr Gol'c, stellvertretender Chefredakteur des *Ežedel'nyj žurnal* und gefragter Kommentator zu militärischen und sicherheitspolitischen Fragen, widmet sich unter der Überschrift »Kriegführung gegen die Regeln« den Lehren, die der Irakkrieg für Rußland bereithält. Dabei kritisiert er zunächst das russische militärische Establishment: Wie beim amerikanischen Vorgehen gegen Jugoslawien und gegen Afghanistan behaupteten der Verteidigungsminister und der Generalstabschef auch diesmal, der Krieg werde gründlich analysiert. Doch wie damals kämen sie auch heute nur zu dem Ergebnis, die Amerikaner verdankten ihren Sieg lediglich dem glücklichen Umstand,

daß ihnen ein schwacher Feind gegenübergestanden habe.

Der Widerwille der russischen militärischen Führung gegen jede gründliche Analyse des Irakkrieges und der tiefgehenden Umwälzungen der modernen Kriegführung ist für Gol'c verständlich: Jede ernsthafte Untersuchung dieser Änderungen würde Rußlands gegenwärtige Militärvorhaben, die Konzeption der Militärreform sowie Pläne für den Einsatz der Streitkräfte im Krieg in Frage stellen. Gol'c hält die Kampagne der USA gegen den Irak aus zwei Gründen für bedeutsam: Zum einen hätten die Amerikaner nun schon zum zweiten Mal einen Krieg gewonnen, den sie nach Meinung der russischen Strategen eigentlich gar nicht hätten gewinnen können. Die russischen Generäle hätten den Amerikanern zu Beginn der Operation sowohl gegen den Irak wie gegen Afghanistan einen langen und blutigen Krieg vorhergesagt. Offensichtlich hätten sie dabei ihre eigene Erfahrung zum Maßstab genommen, nämlich den Krieg, den die sowjetischen Generäle in Afghanistan verloren und den sie gegenwärtig in Tschetschenien nicht gewinnen könnten. Zum zweiten habe die amerikanische Operation im Irak die Pläne des russischen Generalstabes für die Zurückschlagung einer gegen Rußland gerichteten Aggression auf den Prüfstand gestellt. Und die Prüfung sei, wie Gol'c erkennen läßt, nicht bestanden worden.

Saddams Armee, so Gol'c, habe all jene enttäuscht, die auf anhaltenden Widerstand gezählt und gehofft hätten, daß »einfache irakische Bauern amerikanische Kampfhubschrauber zu Dutzenden abschießen würden«. Und deren gab es, wie man hinzufügen muß, in Rußland nicht wenige. Der wesentliche Grund für die irakische Niederlage sei indessen nicht, wie russische Generäle meinten, die Passivität der Iraker gewesen, sondern die Tatsache, daß auf dem Schlachtfeld zwei prinzipiell unterschiedliche Armeen aufeinandergestoßen seien: eine, die zur Niederlage, und eine andere, die zum Sieg bestimmt gewesen sei. Eine der Armeen habe noch

ganz und gar zum Industriezeitalter gehört, die andere schon zum Informationszeitalter. Der Unterschied zwischen den zwei Armeen sei nicht geringer gewesen als der zwischen den spanischen Konquistadoren und den Inkas.

Die amerikanische »Revolution in der Kriegführung« habe den »Nebel des Krieges« aufgelöst, als den Clausewitz die unzureichende Kenntnis der gegnerischen Pläne und seiner Bewegungen bezeichnet habe. Die Kenntnis der Situation auf dem Schlachtfeld sowie die amerikanische Fähigkeit, sofort auf jede Änderung der Umstände zu reagieren, habe den schnellen militärischen Sieg ermöglicht; nicht zuletzt weil sie eine nachhaltige psychologische Wirkung auf den Gegner gehabt habe. Die irakischen Kommandeure hätten allmählich den Eindruck bekommen, daß der Feind allmächtig und allwissend sei und die irakischen Operationen vorhersehen oder gar lenken könne. Die Erfahrung zeige, daß nach drei oder vier Wochen derartigen Vorgehens selbst so erprobte Kämpfer wie die Taliban ihre Positionen verlassen und fliehen. Weitere Faktoren für den schnellen amerikanischen Sieg seien der prinzipiell neue Grad an Beweglichkeit und eine noch nie erlebte Geschwindigkeit der Operationen auf dem Schlachtfeld, der umfassende Einsatz von Spezialkräften sowie die kluge Anwendung von Desinformation und psychologischer Einflußnahme gewesen.

Die russische Generalität, so Gol'c, habe keine Erklärung für die gegenwärtigen Veränderungen der militärischen Einsatzmöglichkeiten; denn sonst müßte sie eingestehen, daß Rußland nicht bereit für die Herausforderung durch die Revolution des Militärwesens sei. Gol'c glaubt nicht an die Reformwilligkeit der russischen militärischen Führung. Nach wie vor hänge man dort der Idee der Massenarmee und damit der Massenmobilisierung an. Eine wirkliche Militärreform sei bei Festhalten an einem solchen Konzept letztlich unnötig; umgekehrt müßten sich die russische Wirtschaft, die Sozial- und Bildungspolitik des

Staat diesem Modell anpassen. Das Schlimmste ist für Gol'c dabei, daß die Wehrpflicht eine mächtige Quelle der gegen die Armee gerichteten Stimmung sei, und zwar gerade in den aktivsten Schichten der Bevölkerung, mit der Folge der Unterminierung der Moral der Armee.

Gol'c beklagt am Schluß seines Artikels die mit dem herkömmlichen Mobilisierungsmodell der russischen Armee verbundene Befehlstaktik. In der Massenarmee seien Soldaten wie Offiziere dazu bestimmt, in der ersten Schlacht zu sterben; folglich sei es unnötig, Geld für ihre umfassende Ausbildung auszugeben. Eigene Initiative sei nicht angezeigt – die Soldaten müßten vielmehr Befehle bedingungslos ausführen. Wenn aber keine Befehle gegeben würden, verlören die Soldaten, so Gol'c, jede Kontrolle über das Geschehen. Dies ist für den Autor die eigentliche Erklärung für die Passivität der irakischen Streitkräfte, denen amerikanische Truppen gegenüberstanden hätten, die ständig eigene Initiative entfalten mußten, also, so ist Gol'c zu verstehen, auf der Grundlage von Auftrags-taktik handelten. Die Botschaft des Autors an die russischen Streitkräfte: Ihre strategische Annahme, den potentiellen Gegner, der die Luftherrschaft besitzt, in blutige Landoperationen verwickeln zu können, ist falsch. Um die Amerikaner zu solchen Schlachten zu zwingen, braucht es ein prinzipiell anderes Niveau der Ausbildung.

Wie eine Fortsetzung der Ausführungen von Aleksandr Gol'c liest sich der kurze Artikel von **Aleksandr Chramčichin**, Leiter der analytischen Abteilung des Instituts für politische und militärische Analyse, in der vierten Nummer von *Rossija v global'noj politike*, erschienen unter der Rubrik »Polemika«, wo auch Vertretern unorthodoxer und mitunter extremer Auffassungen Raum gegeben wird. Unter dem Titel »Rußland braucht keine Armee-reform, sondern eine neue Armee« skizziert der Autor die Widersinnigkeit vieler geplanter Schritte der russischen Armee-reform und ihre Gefahren. Wenn etwa der geplante Über-

gang zur Berufsarmee nicht von wirklichen Modernisierungsmaßnahmen begleitet werde, würden sich die russischen Streitkräfte schnell in »legale Banditenformationen« verwandeln, die absolut unlenkbar und damit für die Gesellschaft außerordentlich gefährlich seien. Chramčichin beklagt die Psychologie des größten Teils des russischen Offizierscorps und praktisch der gesamten Generalität. Dort würden die USA und die Nato nicht lediglich als Gegner betrachtet, sondern als die Verkörperung des absolut Bösen; außerdem bereite man sich bis heute ausschließlich auf einen »Zweiten Weltkrieg mit Raketen« vor. Die Folgerung des Autors, schon in der Überschrift ausgedrückt: Notwendig ist die Aufstellung völlig neuer Streitkräfte – »von Null an«.

Fazit

Die vorgestellten Aufsätze wie auch andere Artikel ähnlichen Inhalts und mit ähnlicher Zielrichtung, wie sie sich im Jahrgang 2003 der russischen Fachzeitschriften finden, rechtfertigen in ihrer Mehrheit nicht das positive Bild, das westliche Staatsmänner regelmäßig von Rußland zeichnen und das in den Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Chirac beim Petersburger Gipfel im Mai 2003 kulminierte: »Dank dem Respekt Rußlands vor seinen Minderheiten, seinem Dialog der Kulturen und dem Respekt vor anderen Völkern befindet es sich in der ersten Reihe der Demokratien.« Vielmehr unterstützen diese Stimmen, gewollt oder ungewollt, diejenigen im Westen, die unterdessen zu einer realistischeren Wahrnehmung Rußlands raten.

Noch eines lassen die Artikel erkennen: Im Innern Rußlands verfestigt sich das Konzept der »gelenkten Demokratie«, und es nehmen die Eigenheiten zu, die dem Herrschaftssystem einen semi-autoritären Charakter geben. Liberale Elemente sind der Wirtschafts- und Finanzpolitik vorbehalten, wo man Fachleute mit marktwirtschaft-

licher Expertise einsetzt. Im Verhältnis zur Außenwelt scheint man die politischen Anstrengungen auf die Staaten der GUS zu konzentrieren, also den postsowjetischen Raum. Dort will man russischen Einfluß dauerhaft sichern, ohne allerdings den Ländern viel bieten zu können – außer verbilligten Lieferungen von Öl und Gas. Diese Rohstoffe, einsetzbar als politisches Instrument, verkörpern die imperiale Versuchung, der sich Rußland erneut ausgesetzt sieht.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380

Besprochene Aufsätze

- Arbatova, Nadežda**, Model' na vybros [Modell zum Wegwerfen], in: Rossija v global'noj politike, (Oktober–Dezember 2003) 4, S. 181–188
- Bordačev, Timofej**, Ob-ektivnoe poznanie Evropy [Eine objektive Wahrnehmung Europas], in: Rossija v global'noj politike, (Oktober–Dezember 2003) 4, S. 188–191
- Chramčichin, Aleksandr**, Rossii nužna ne reforma armii, a novaja armija [Rußland braucht keine Armee reform, sondern eine neue Armee], in: Rossija v global'noj politike, (Oktober–Dezember 2003) 4, S. 192–194
- Gol'c, Aleksandr**, Nepravil'naja vojna [Kriegführung gegen die Regeln], in: Rossija v global'noj politike, (Juli–September 2003) 3, S. 165–175
- Malašenko, Aleksej**, Čečnja dlja vnutrennego i vnešnego potreblenija [Tschetschenien für den inneren und für den äußeren Gebrauch], in: Brifing (Moskovskogo centra Karnegi), 9–10 (September–Oktober 2003) 5
- Margelov, Michail**, Pobeda po očkam. Čto takoe pragmatizm vo vnešnej politike? [Sieg nach Punkten. Was bedeutet Pragmatismus in der Außenpolitik?], in: Rossija v global'noj politike, (Juli–September 2003) 3, S. 8–16
- Nikonov, Vjačeslav**, Soblazn osobogo puti [Die Versuchung des Sonderweges], in: Rossija v global'noj politike, (Juli–September 2003) 3, S. 36–53
- Tschubajs, Anatolij**, Missija Rossii v XXI veke [Die Mission Rußlands im 21. Jahrhundert], in: Nezavisimaja gazeta, 21.10.2003